

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 2018

Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2018

Der Sonderbericht der UNO über die Klimaerwärmung zeigt die Risiken auf, die bei einer Erderwärmung um 1,5°C gegenüber der Zeit vor der Industrialisierung drohen. Um die Erwärmung auf diese Marke zu begrenzen, müssen die Netto-CO₂-Emissionen weltweit bis 2050 auf Null gesenkt werden. Die 27 verbleibenden EU-Mitgliedsländer stimmen dem Entwurf des Austrittsvertrages des Vereinigten Königreichs aus der EU zu. Eine Zustimmung des britischen Parlaments zum "Brexit-Vertrag" ist unsicher. – Der Österreichische Verfassungsgerichtshof trifft eine generelle Klarstellung über ein Verbot des Pflegeregresses. Die oberösterreichische Regelung einer unterschiedlichen Höhe der Mindestsicherung für österreichische Staatsangehörige und subsidiär Schutzberechtigte und Asylberechtigte ist laut dem Europäischen Gerichtshof EU-rechtswidrig.

Calendar of Economic Events. Fourth Quarter of 2018

The UN Special Report on Global Warming highlights the risks posed by global warming of 1.5°C compared to preindustrial times. To limit global warming to this level, global net CO₂ emissions must be reduced to zero by 2050. The 27 remaining EU member countries agree to the UK's draft withdrawal treaty from the EU. The British Parliament's approval of the "Brexit Treaty" is uncertain. – The Austrian Constitutional Court makes a general clarification on a ban on the access to assets of nursing home residents. According to the European Court of Justice, the Upper Austrian regulation of a different level of needs-based minimum benefit for Austrian citizens and beneficiaries of subsidiary protection and of asylum is contrary to EU law.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, angelina.keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. Dezember 2018.

Begutachtung: Serguei Kaniovski, Ina Meyer

1. Ausland

8. Oktober: In Incheon (Südkorea) wird der Sonderbericht des International Panel of Climate Change (IPCC) über die Folgen einer weltweiten Erwärmung um 1,5°C¹⁾ gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung vorgestellt. Der Bericht definiert die damit verbundenen weltweiten Treibhausgasemissionspfade als weltweite Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, Stärkung nachhaltiger Entwicklung und der Anstrengungen zur Beseitigung von Armut²⁾. Sollte es gelingen, den weltweiten Temperaturanstieg bis zum Ende des 21. Jahrhunderts gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung auf 1,5°C zu beschränken, dann könnten klimabedingte Veränderungen beherrschbar bleiben. Ab einer Erwärmung von 2°C steigt das Risiko unumkehrbarer Klimaveränderungen mit Folgen für natürliche und menschliche Systeme. Die derzeit gesetzten Klimaschutzmaßnahmen der Länder reichen nicht aus, um den Temperaturanstieg auf +1,5°C zu begrenzen. Wenn die Treibhausgasemissionen auf dem derzeitigen Niveau verblieben, dann würde die Grenze von +1,5°C zwischen 2030 und 2052 erreicht. Um sie einzuhalten, muss der Kohlendioxidausstoß bis 2030 gegenüber 2010 um 45% gesenkt werden. Dazu sind extreme Anstrengungen zur Anpassung der Infrastruktur in den Sektoren Energieerzeugung, Industrie, private Haushalte, Verkehr und Landwirtschaft notwendig. Die Nutzung von Kohle für die Stromerzeugung muss bis 2050 ganz eingestellt werden und der Anteil erneuerbarer

IPCC: Sonderbericht

¹⁾ Ziel des Pariser Abkommens ist eine Erwärmung um höchstens 2°C gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung.

²⁾ International Panel of Climate, Global warming of 1.5°C, Genf, 2018, <https://www.ipcc.ch/sr15/>.

Energiequellen an der Stromerzeugung auf 70% bis 85% steigen. Gleichzeitig müssen negative Emissionen (CO₂-Entnahme aus der Luft) wirksam werden, um netto kein Kohlendioxid zu emittieren. Durch Techniken wie Aufforstung, Anbau von speziellen Pflanzen, Filterung der Luft und Speicherung von CO₂ müssen bis zum Ende des 21. Jahrhunderts zwischen 100 bis 1.000 Mrd. t CO₂ aus der Atmosphäre beseitigt werden. Die Vereinbarkeit von Klimaschutz und der Bekämpfung von Armut ist trotz Zielkonflikten möglich.

Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften

Die Schwedische Akademie gibt die Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften 2018 bekannt: William D. Nordhaus (Yale University) wird für seine Arbeit zur Integration des Klimawandels in die langfristige makroökonomische Analyse ausgezeichnet, Paul M. Romer (New York University, Stern School of Business) für die Arbeit zur Bedeutung von Innovationen für das langfristige Wachstum.

IWF: Finanzmarkturbulenzen

8.-14. Oktober: Anlässlich der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank warnt der IWF vor plötzlichen Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Politische Unsicherheiten, außerordentlich hohe öffentliche Verschuldung, die Zunahme der finanziellen Anfälligkeit und die Begrenztheit des finanzpolitischen Spielraumes könnten das Vertrauen und die Wachstumsperspektiven weiter untergraben. Eine neue Krise würde den Wohlstand vor allem in Schwellenländern und Entwicklungsländern gefährden. Die Direktorin des IWF Lagarde fordert ein gemeinsames Regelwerk zur intensiveren internationalen Zusammenarbeit.

EU: Pkw-Emissionen

9. Oktober: Der Rat der Umweltminister und Umweltministerinnen der EU fordert die Mitgliedsländer auf, den CO₂-Ausstoß von neuen Pkw bis 2030 gegenüber den derzeitigen Emissionsgrenzwerten um 35% zu senken, um eine Beschränkung der weltweiten Erwärmung auf 1,5°C gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung zu ermöglichen.

EU: Brexit – Backstop

17.-18. Oktober: Anlässlich des Treffens des Europäischen Rates stellt die britische Premierministerin May nochmals die Position des Vereinigten Königreichs zum Brexit dar; sie sieht für die 27 EU-Mitgliedsländer keine Neuerungen vor. Im Fall eines "harten Brexit" (wenn zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich kein Handelsabkommen zustande kommt) müsste die Grenze zwischen der Republik Irland und dem britischen Nordirland kontrolliert werden; um das zu vermeiden, fordert die EU eine Aufanglösung ("Backstop"), nach der das Vereinigte Königreich Teil der Europäischen Zollunion und Nordirland darüber hinaus Teil des Europäischen Binnenmarktes blieben.

EU: Migration

Obwohl sich seit dem Höhepunkt der Migrationswelle im Oktober 2015 die Zahl der illegalen Grenzübertritte um 95% verringert hat, fordert der Europäische Rat, illegaler Migration weiterhin vorzubeugen und die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern insbesondere in Nordafrika in Form von Partnerschaften weiter zu verfolgen. Die Rückführung soll erleichtert werden. In der Schlussklärung hält der Rat die Bedeutung gemeinsame Maßnahmen zur Terrorbekämpfung und gegen die Cyber-Bedrohung sowie des Schutzes der demokratischen Systeme und der Bekämpfung von Desinformation im Hinblick auf die Wahl zum Europäischen Parlament fest.

Irland: Apple

18. Oktober: Die EU stellt das Verfahren gegen Irland wegen illegaler Steuervergünstigungen gegenüber dem Technologiekonzern Apple ein. Der Konzern hat über 14 Mrd. € (Steuerschuld einschließlich Verzinsung) auf einem Treuhandkonto der irischen Regierung hinterlegt.

Asia-Europe Meeting

19. Oktober: Anlässlich des Asien-Europa-Treffens (Asia-Europe Meeting – ASEM) unterzeichnen die EU und Singapur ein Freihandelsabkommen und ein Investitionsschutzabkommen. Das Freihandelsabkommen kann nach der Abstimmung im Europäischen Parlament Anfang 2019 in Kraft treten, das Investitionsabkommen nach Abschluss des Ratifizierungsprozesses in den EU-Mitgliedsländern. Ab 2019 werden die noch bestehenden Importzölle, Steuern und technischen Hemmnisse zwischen den Vertragspartnern schrittweise aufgehoben. Das Abkommen sieht auch den gegenseitigen Zugang zum Dienstleistungssektor, die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Regeln zum gegenseitigen Schutz von geistigem Eigentum vor.

Italien: Haushaltsplan

23. Oktober: Die Europäische Kommission fordert Italien auf, innerhalb von drei Wochen einen überarbeiteten Haushaltsplan für 2019 vorzulegen, der nicht gegen die

Haushaltspolitischen Empfehlungen des Rates vom Juli 2018 verstößt³⁾, und weist somit erstmals einen Budgetentwurf eines Euro-Landes zurück. Italiens Voranschlag für 2019 sieht mit 2,4% des BIP ein Haushaltsdefizit vor, das dreimal so hoch ist wie von der Kommission vorgegeben (0,8%). Die Staatsausgaben ohne Schuldendienst steigen gegenüber dem Vorjahr um 2,7%, die Empfehlung der Kommission liegt bei höchstens +0,1%. Das strukturelle Defizit sollte um 0,6% sinken und wird nach dem vorgelegten Entwurf um 0,8% steigen. Ohne weitere Korrektur droht Italien ein Defizitverfahren.

2. November: Die European Banking Association (EBA) und die Europäische Zentralbank präsentieren die Ergebnisse des Bankenstresstests 2018. Getestet wurden 48 Banken aus 15 EU-Ländern, davon 37 Banken aus 10 Euro-Ländern, die 70% des Vermögens der Banken in der EU repräsentieren. Das Krisenszenario nimmt einen Konjunkturerinbruch über drei Jahre mit steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Immobilienpreisen an. Die durchschnittliche harte Kernkapitalquote (CET-1-Ratio)⁴⁾ der Banken, die 2017 bei 14,2% lag, würde unter dieser Annahme um 4,2 Prozentpunkte auf 10,1% im Jahr 2020 sinken. Unter die kritische Grenze von 7% würde die Eigenkapitalquote der britischen Finanzinstitute Barclays und Lloyds Banking Group sowie der italienischen Banco BPM fallen. Knapp über dieser Marke läge sie für die Norddeutsche Landesbank, die Unione Banche Italiane S. p. A., die Banco Sabadell (Spanien) und die Société Generale (Frankreich). Für die Deutsche Bank, die Erste Group und die BNP Paribas läge die Quote über 8%.

EU: Bankenstresstest

8. November: Das Verwaltungsgericht in Köln verbietet Dieselfahrzeugen der Klasse Euro 4 und darunter ab April 2019 und der Klasse Euro 5 ab September 2019 das Fahren in den Städten Köln und Bonn, da in diesen Städten seit Jahren der EU-Grenzwert für Stickstoffdioxidemissionen (NO₂) von 40 µg je m³ im Jahresdurchschnitt um bis zu über 50% überschritten wird. Das Land Nordrhein-Westfalen wird Rechtsmittel gegen das Urteil ergreifen.

Deutschland: Fahrverbot
Diesel-Kfz

14. November: In seiner Prognose für das Vereinigte Königreich geht der Internationale Währungsfonds auf die Szenarien des Brexit ein. Bei einem geordneten Brexit mit anschließendem Freihandelsabkommen rechnet der Währungsfonds 2019 mit einem Wachstum von 1,5%, wobei ein geordneter Brexit auch positive Risiken birgt. Ohne Freihandelsabkommen, also bei künftiger Anwendung der WTO-Regeln sei langfristig mit Wachstumseinbußen von 5% bis 8% des BIP zu rechnen. Ein ungeordneter Austritt aus der Europäischen Union würde einen Vertrauenseinbruch mit sich bringen, gefolgt von Kapitalabflüssen mit Auswirkungen auf die Vermögenspreise und den Wechselkurs.

IWF: Prognose

25. November: Anlässlich der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates billigen die 27 Staats- und Regierungsoberhäupter den Entwurf des Austrittsabkommens⁵⁾, der vom Vereinigten Königreich und der EU ausgehandelt wurde. Das Vereinigte Königreich würde demnach, bei Annahme des Vertrages, in einer Übergangsphase bis 31. Dezember 2020 wie ein EU-Mitgliedsland weiterhin am Binnenmarkt und der Zollunion, den EU-Programmen und den EU-Partnerabkommen teilnehmen. Der Rechtsbestand und neu geschaffene EU-Regelungen würden weiterhin angewendet. Das Vereinigte Königreich hätte jedoch kein Stimmrecht in der Europäischen Union. Ein Abkommen über eine Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft wäre in dieser Phase zu verhandeln. Zuvor wurde Spanien zugesichert, dass Gibraltar vom künftigen Freihandelsvertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU ausgenommen ist und diese Beziehung in einem getrennten Abkommen geregelt wird.

EU: Brexit – Austritts-
abkommen

27. November: Vor dem Hintergrund anhaltender Proteste ("Gilets Jaunes" – Gelbwestenbewegung) gegen die geplante Steuererhöhung auf Benzin und Dieselmotortreibstoff stellt die französische Regierung eine Energiestrategie vor. Präsident Macron will

Frankreich: Gilets Jaunes

³⁾ Keil, A., "Wirtschaftsschronik. III. Quartal 2018", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(10), S. 711, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61431>.

⁴⁾ Common Equity Tier 1 Ratio (CET-1-Ratio) gibt das Verhältnis zwischen dem harten Kernkapital und den gesamten Forderungen an.

⁵⁾ Europäische Kommission, Draft Agreement on the withdrawal of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland from the European Union and the European Atomic Energy Community, 14. November 2018, https://ec.europa.eu/commission/publications/draft-agreement-withdrawal-united-kingdom-great-britain-and-northern-ireland-european-union-and-european-atomic-energy-community-0_en.

sein Wahlversprechen, den Kampf gegen den Klimawandel, umsetzen und an der Erhöhung der "Benzinsteuer" festhalten. Vorgesehen ist eine Verringerung des Anteils der Atomenergie im Energiemix von derzeit 75% auf 50% bis 2035 und nicht wie ursprünglich vorgesehen 2025. Dazu müssen 14 Reaktoren stillgelegt werden. Um bis 2022 alle Kohlekraftwerke zu schließen, werden die Investitionen in die Nutzung alternativer Energieträger um 2,5 Mrd. € p. a. auf 8 Mrd. € erhöht.

USA, China: Handelsstreit

30. November-1. Dezember: Anlässlich des G-20-Treffens in Buenos Aires setzen der Präsident der USA Trump und Chinas Staatsoberhaupt Xi Jinping ihren Handelsstreit für 90 Tage aus. Die USA werden die geplante Anhebung der Einfuhrzölle nicht umsetzen, im Gegenzug wird China größere Mengen an Agrarprodukten aus den USA importieren. Sollten die Verhandlungen über Änderungen der Struktur des Technologietransfers, der nichttarifären Handelshemmnisse, den Handel mit Dienstleistungen und Agrarprodukten und das Unterlassen der Cyber-Attacken aus China in diesem Zeitraum scheitern, dann werden die USA die Zölle auf Importe im Wert von 200 Mrd. \$ von 10% auf 25% erhöhen. Das G-20-Treffen endet ohne Abschlusserklärung, jedoch deklarieren alle Länder den Willen zur Reform der WTO. Die USA betonen ihren Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen und lehnen eine gemeinsame Deklaration zur Migration ab. Am Rande des Treffens unterzeichnen die USA, Mexiko und Kanada das NAFTA-Nachfolgeabkommen United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA). Es regelt den Handel mit Agrar- und Industrieprodukten sowie Arbeitsbedingungen und den digitalen Handel. Kanada und Mexiko können 2,6 Mio. Fahrzeuge zollfrei in die USA liefern, Agrargüter werden weithin zwischen den drei Ländern zollfrei gehandelt.

USA: Erdölexporte

Nach den Daten der U.S. Energy Administration (EIA) übersteigen die Exporte der USA an Rohöl und Erdölprodukten die Importe pro Tag um durchschnittlich 211 Barrel. Durch die Produktion von Schieferöl werden die USA erstmals seit über 70 Jahren Erdölnettoexporteur.

UNO: COP 24

2.-15. Dezember: In Kattowitz findet die 24. UNO-Klimakonferenz (COP 24) statt. Der künftige weltweite Temperaturanstieg soll begrenzt werden auf +2°C gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung, besser auf +1,5°C, wie im Pariser Klimaabkommen vereinbart. Die Teilnehmer legen einheitliche Regeln zur Überprüfung der Umsetzung der freiwilligen Verpflichtung aus dem Pariser Abkommen fest, um die nationalen Berichte zum Klimaschutz transparenter und vergleichbar zu machen. Entwicklungsländern werden dabei Übergangsregelungen gewährt. Sie profitieren weiter von der finanziellen Unterstützung über die Fonds und vom Transfer der Klimaschutztechnologien aus den Industrieländern. Sanktionsmechanismen wegen Verstößen gegen die Klimaziele von Paris werden nicht festgelegt.

Frankreich: Steuererhöhung

4. Dezember: Aufgrund der massiven Proteste der Bevölkerung schiebt die französische Regierung die für 1. Jänner 2019 geplante Steuererhöhung um 0,065 € je Liter Dieselmotorkraftstoff und 0,029 € je Liter Benzin auf.

EU: Euro

5. Dezember: Die Europäische Kommission stellt Maßnahmen vor, um die Rolle des Euro in der Weltwirtschaft zu stärken. Dazu bedarf es der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, der Bankenunion und der Kapitalmarktunion. Angestrebt werden eine Vertiefung der Integration des europäischen Finanzsektors mit stärkerer europäischer Finanzmarktinfrastruktur, stabile Referenzzinssätze und ein integriertes Sofortzahlungssystem. Internationale Initiativen für den Finanzsektor wie die laufende Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken zur Wahrung der Finanzmarktstabilität, die Erhöhung des auf Euro lautenden Anteils der Anleiheemissionen europäischer Einrichtungen, der Ausbau der Wirtschaftsdiplomatie zur Förderung der Euro-Nutzung und die Bereitstellung von technischer Hilfe zur Verbesserung des Zuganges von ausländischen Akteuren zum Euro-Zahlungssystem besonders in Hinblick auf die EU-Investitionsoffensive für Drittländer sollen vorangetrieben werden. Ziel ist eine breitere Nutzung des Euro bei Transaktionen auf strategischen Märkten, auf denen nach wie vor überwiegend in Dollar abgerechnet wird, wie im Rohstoffsektor, im Agrar- und Nahrungsmittelsektor, im Verkehrssektor und in den Bereichen Rohöl, Raffinerieprodukte und Gas.

OPEC: Fördermenge

7. Dezember: Die OPEC beschließt anlässlich des Treffens in Wien, die Fördermengen von 32,9 Mio. Barrel um mindestens 1,3 Mio. Barrel pro Tag zu senken. Einige Tage vor dem Treffen kündigt Katar seine Mitgliedschaft bei der OPEC.

10. Dezember: Gemäß einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes kann das Vereinigte Königreich bis zum EU-Austritt am 29. März zu den derzeit geltenden Bedingungen ohne Einholung einer Einwilligung der 27 anderen Mitgliedsländer unilateral entscheiden, in der Europäischen Union zu verbleiben.

EU: Brexit – EuGH

Premierministerin May verschiebt die Abstimmung im britischen Parlament über das Austrittsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union kurzfristig auf Jänner 2019, um eine drohende Ablehnung zu vermeiden. Der Präsident des Europäischen Rates Tusk versichert, dass das Brexit-Abkommen nicht nachverhandelt werden wird.

EU: Brexit – Abstimmung

11. Dezember: Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes fällt das Programm der Europäischen Zentralbank zum Ankauf von Staatsanleihen auf den Sekundärmärkten (PSPF) in den Bereich der Währungspolitik, geht nicht über das Mandat der EZB hinaus und verstößt nicht gegen das Verbot der monetären Finanzierung. Die Ankäufe wurden getätigt, um das Deflationsrisiko in der Wirtschaftskrise zu mindern, und bezweckten nach den Verträgen der Union die Gewährleistung der Preisstabilität (Inflationsrate mittelfristig unter 2%).

EU: PSPF

13. Dezember: In der Schlussfolgerung der außerordentlichen Tagung des Rates der Europäischen Union zum EU-Austritt des Vereinigten Königreichs bestätigt der Rat die Schlussfolgerungen der Ratssitzung vom 25. November 2018 und erklärt, dass Nachverhandlungen nicht mehr möglich sind. Die Backstop-Lösung soll Grenzkontrollen zwischen Nordirland und der Republik Irland nach dem EU-Austritt vermeiden, falls bis 31. Dezember 2020 keine Nachfolgeübereinkunft festgelegt wird, die diese Lösung ersetzt. Der Rat ruft dazu auf, die Vorsorge für die Auswirkungen des Austrittes des Vereinigten Königreichs zu intensivieren und jeden möglichen Ausgang in Betracht zu ziehen. Auf der Ratstagung am Folgetag beschäftigt sich der Rat mit Agenden des Binnenmarktes und bekräftigt, dass diese in all ihren Dimensionen voranzutreiben sind.

EU: Ratstagung

Der Rat der Europäischen Zentralbank beschließt, die Nettoankäufe im Rahmen des Programmes zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im Dezember 2018 zu beenden.

EU: APP

14. Dezember: Die Staats- und Regierungsoberhäupter der EU-Länder beraten auf Grundlage eines Berichtes der Euro-Gruppe über die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion und billigen die Modalitäten der ESM-Reform, die Vorgaben für die gemeinsame Letztsicherung für den SRF und das weitere Vorgehen hinsichtlich der Bankenunion. Die Euro-Gruppe erhält das Mandat, im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens weiter an einem Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit für das Euro-Währungsgebiet zu arbeiten.

EU: WWU-Reform

19. Dezember: Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinssätze zum neunten Mal seit 2015; die Zinssätze erreichen damit das Niveau von 2008. Die Federal Funds Rate wird um 25 Basispunkte auf ein Leitzinsband von 2,25% bis 2,5% angehoben.

USA: Leitzinssätze

21. Dezember: Die Mehrheit der Kongressabgeordneten verweigern in den USA die Zustimmung zur Freigabe von 5 Mrd. \$ für das bis September laufende Haushaltsjahr 2019 zur Finanzierung der von Präsident Trump geplanten Mauer an der Grenze zu Mexiko. Ohne diese Zustimmung will Präsident Trump keine weiteren Finanzierungen freigeben und keine neuen Ausgabengesetze unterzeichnen. Zahlreiche Bundesbehörden sind von dieser Haushaltssperre (Shutdown) betroffen, 800.000 Angestellte der Bundesverwaltung arbeiten unbezahlt oder müssen unbezahlten Urlaub nehmen.

USA: Shutdown

2. Österreich

10. Oktober: Der Verfassungsgerichtshof trifft eine generelle Klarstellung zum Verbot des Pflegeregresses⁶⁾ bei Unterbringung in stationären Einrichtungen. In allen Bundesländern ist demnach ein Zugriff auf das Vermögen von Betroffenen, deren

Pflegeregress: VfGH

⁶⁾ Rückgriff des Bundes oder des Landes auf das Privatvermögen von Betroffenen oder Angehörigen im Falle von geförderter Langzeitpflege.

Angehörigen, Erben oder Beschenkten "jedenfalls unzulässig", und zwar auch dann, wenn ein solcher Zugriff vor dem 1. Jänner 2018 bereits rechtskräftig entschieden war.

Mindestsicherung: EuGH

21. November: Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes haben Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte nach EU-Recht im gleichen Ausmaß Anspruch auf Leistungen wie Staatsangehörige der EU-Länder, auch wenn der Schutz nur befristet gewährt wird. Der Mindestsicherungssatz für subsidiär Schutzberechtigte und befristet Asylberechtigte liegt in Oberösterreich deutlich unter dem der dauerhaft Asylberechtigten und der österreichischen Staatsangehörigen.

ÖIAG: Neuausrichtung

19. Dezember: Der Nationalrat beschließt mit Änderung des ÖIAG-Gesetz 2000, des Bundesimmobiliengesetzes und des Finanzmarktstabilitätsgesetzes, die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (ÖBIB) in die Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG) umzuwandeln. Die Bundesanteile an der Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG) werden übertragen, und die ÖBAG wird mit der Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der Verbund AG betraut, bleibt jedoch im Eigentum des Bundes. Die Beteiligungen an den Unternehmen OMV, Telekom, Post und Casinos Austria werden in die ÖBAG übergeführt. Die vom Bund gehaltenen Anteile an der APK Pensionskasse AG werden in die ÖBAG übertragen. Ziel ist eine strategische Neuausrichtung der Staatsbeteiligungen im Interesse der Förderung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Österreich. Unter der neuen Gesellschaftsform können die Eigentumsinteressen des Bundes durch einen Aufsichtsrat gewahrt bleiben, in den sechs Kapitalvertreterinnen und -vertretern sowie drei Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern nominiert wurden.